

# Amtliches Kreis-Blatt für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.  
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,  
Reklamezeile 50 Pfg.

Ausgabestellen:  
In Diez: Rosenstraße 36.  
In Bad Ems: Römerstraße 55.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,  
Diez und Bad Ems.  
Verantw. f. d. Schriftl. Rich. Hein, Bad Ems

Nr. 278

Diez, Samstag den 1. Dezember 1917

57. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Kriegsministerium.

### Nachtragsbekanntmachung

Nr. 1001/11. 17. A 10

zu der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10 vom  
1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestands-  
erhebung und Höchstpreise für Salzsäure.

Vom 1. Dezember 1917.

Die nachstehende Bekanntmachung wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 813) — in Bayern auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 31. Juli 1914 —, des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 339), in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen über die Venderung dieses Gesetzes vom 21. Januar 1915, 23. März 1916, und 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 25, 1916 S. 183 und 1917 S. 253)\*, ferner — auf Ersuchen des Königlich Kriegsministerium — auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376)\*\* sowie der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 604)\*\*\* mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Zuwiderhandlungen nach den in der Anmerkung abgedruckten Bestimmungen bestraft werden, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

\*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft:

1. wer die festgesetzten Höchstpreise überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrages anfordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrage erleiht;

3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung (§ 2, 3 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise) betroffen ist, beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört;

4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkauf von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, nicht nachkommt;

5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, den zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht;

6. wer den nach § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nr. 2 überschritten werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrages ermäßigt werden.

In den Fällen der Nummer 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

\*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft

1. ....
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

\*\*\*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer vorsätzlich die Einsicht in die Geschäftsbücher oder Geschäftsbücher oder die Verrichtung oder Untersuchung der Betriebsanrichtungen oder Räume verweigert, oder wer



worffentlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen worden sind, im Urteile als dem Staate verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftsspflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gefetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

#### Artikel I.

§ 13 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10 erhält folgende Fassung:

#### § 13.

### Preiszuschläge für Verpackung und Versand von Salzsäure.

#### A. Bestimmungen für Erzeuger und Wiederverkäufer von Salzsäure.

##### 1. Lieferung in Topfwagen.

a) Bei Stellung des Wagens durch den Verkäufer darf eine Wagenmiete von nicht mehr als 50 Pfg. für je 100 Kg. verladenes Säuregewicht berechnet werden. Der Wagen ist spätestens an dem, dem Ankunftsstage auf der Station des Bestimmungsortes folgenden Werktage zu entleeren und zurückzusenden. Für jeden Tag Verzögerung in der Rücksendung darf dem Empfänger eine 7 Mk. für den Wagen nicht überschreitende Gebühr berechnet werden. Die Berechnung weiterer Gebühren, wie für die Füllung u. dgl., ist nicht zulässig.

b) Bei Stellung des Wagens durch den Säureempfänger ist die Berechnung von Gebühren, wie für Füllung u. dgl., nicht zulässig. Der vom Säureempfänger gestellte Wagen ist spätestens am zweiten Werktage nach Eingang zu füllen und abzusenden. Für jeden Tag Verzögerung in der Absendung darf dem Versender eine 7 Mk. für den Wagen nicht überschreitende Gebühr berechnet werden.

##### 2. Lieferung in Korbbflaschen.

a) Werden Korbbflaschen durch den Verkäufer leihweise gestellt, so darf eine Mietgebühr von nicht mehr als 1,75 Mk. das Stück für jeden angefangenen Zeitraum von 2 Monaten, vom Tage des Verschandes bis zum Tage der Rückkehr zum Säureverkäufer gerechnet, außerdem eine Füllgebühr von nicht mehr als 60 Pfg. für je 100 Kg. Säuregewicht berechnet werden.

b) Bei käuflicher Ueberlassung der zur Verpackung der Säure dienenden Flaschen an den Säureempfänger darf der Verkäufer außer einer Füllgebühr von nicht mehr als 60 Pfg. für je 100 Kg. Säuregewicht berechnen:

für jede ganze ( $\frac{1}{2}$ ) Handeisenkorbbflasche von rund 75 Kg. Fassungsvermögen nicht mehr als 10,50 Mk. für das Stück,

für jede ganze ( $\frac{1}{2}$ ) Weidenkorbbflasche von rund 70 Kg. Fassungsvermögen nicht mehr als 7,50 Mk. für das Stück,

für jede halbe ( $\frac{1}{4}$ ) Weidenkorbbflasche mit einem Fassungsvermögen bis zu 40 Kg. (Dembohns) nicht mehr als 9 Mk. für das Stück.

Für Flaschen mit eingeschlifften Stöpsel darf ein Zuschlag von höchstens 1,50 Mk. für das Stück zu vorstehenden Preisen berechnet werden.

Wird Rückgabe der Flaschen an den Verkäufer vereinbart, so darf der Unterschied zwischen dem Verkaufspreise und dem Rücknahmepreise der Flaschen nicht mehr betragen, als die Mietgebühr nach 2a für die vom Säureempfänger beanspruchte Gebrauchszeit betragen haben würde.

c) Bei frachtfreier Zustellung der Flaschen durch den Säureempfänger darf eine Füllgebühr von nicht mehr als 60 Pfg. für je 100 Kg. Säuregewicht berechnet werden.

#### B. Bestimmungen für Wiederverkäufer von Salzsäure (Händler).

1. Hat der Verkäufer, welcher nicht gleichzeitig Hersteller ist (Wiederverkäufer), die Säure aus Topfwagen selbst auf Flaschen abgefüllt, so darf er außer den Zuschlägen nach Absatz A 2 einen weiteren Zuschlag von nicht mehr als 50 Pfg. für je 100 Kg. Säuregewicht berechnen.

2. Bei Lieferung von Salzsäure der Reinheitsgrade 1, 2, 3 des § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für Salzsäure, in kleineren Mengen als 5000 Kg. unmittelbar von der Erzeugungsstelle frachtfrei Station des Bestimmungsortes oder frei Schiff Bestimmungsort, darf der Wiederverkäufer seinem Abnehmer einen Zuschlag von nicht mehr als 3 Mk. für je 100 Kg. Säuregewicht über die im § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 und im vorstehenden Abschnitt A bezeichneten Höchstpreise und Zuschläge hinaus berechnen.

3. Liefert der Verkäufer, welcher nicht gleichzeitig Hersteller ist (Wiederverkäufer), Salzsäure der Reinheitsgrade 1, 2, 3 des § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 in kleineren Mengen als 5000 Kg. vom eigenen Lager, so darf er für je 100 Kg. Säuregewicht über die im § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 und in den Abschnitten A und B 1 bezeichneten Höchstpreise und Zuschläge hinaus einen allgemeinen Zuschlag von höchstens 3 Mk. berechnen, ferner einen besonderen Zuschlag von:

a) höchstens 3 Mk. bei Lieferung frachtfrei Haus des Säureempfängers unter Einschluss der Uebernahme der Bruchgefahr und gegebenenfalls der Abholung der entleerten Verpackung,

b) höchstens 4 Mk. bei Lieferung frachtfrei Station des Bestimmungsortes oder frei Schiff Bestimmungsort.

4. Bei Lieferung von chemisch reiner Salzsäure vom Reinheitsgrad 4 des § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 in kleineren Mengen als 5000 Kg. darf der Wiederverkäufer einen Zuschlag von höchstens 10 v. H. über die im § 11 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 und in den Abschnitten A und B 1 vorgeschriebenen Preise und Zuschläge hinaus, ferner die ihm tatsächlich erwachsenen Kosten an Fracht und Rollgeld in Rechnung stellen.

5. Kleinderkauf. Beim Verkauf von Salzsäure aller Reinheitsgrade in Mengen, welche 5 Kg. nicht überschreiten, darf der Wiederverkäufer die ihm bis zur Lieferung auf sein Lager erwachsenen Unkosten, soweit sie den Bestimmungen der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A 10 und den vorstehenden Vorschriften entsprechen, zuzüglich 10 Pfg. für jedes angefangene Kilogramm Säure berechnen.

#### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Dezember 1917 in Kraft.

Frankfurt (Main), den 1. Dezember 1917.

Stellv. Generalkommando XVIII. Armee Korps.

Coblenz, den 1. Dezember 1917.

Kommandantur der Festung  
Coblenz-Schreibreitstein.

Ia 1, 18 272/11. 17.

#### Bekanntmachung.

Von unseren Feinden wird versucht, Spione aus Flugzeugen im Innern Deutschlands abzufehen. Um diese Personen festnehmen zu können, ist es erforderlich, bei der Landung von Flugzeugen die größte Umsicht walten zu lassen. Sobald feststeht, daß ein feindliches Flugzeug in Frage kommt, ist ein sofortiges energisches Zugreifen am Platze, um ein Entweichen der Insassen zu verhüten. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, nach seinen Kräften bei der Festnahme der Insassen mitzuwirken.

Für das Ergreifen der Insassen feindlicher Flugzeuge, die in dem hiesigen Reg.-Bezirk gelandet sind, sehe ich hier Belohnung bis zum Betrage von 1000 Mark aus. Dies wird denen gegeben werden, die durch ihre Tätigkeit oder durch sachdienliche Angaben die Festnahme der Insassen solcher feindlichen Flugzeuge ermöglichen. Die betreffenden Mitteilungen sind bei der nächsten Militär- oder Polizeibehörde zu machen.



Die Entscheidung über die Bewilligung der Belohnung und ihre Verteilung unter mehrere Beteiligte behalte ich mir unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

Wiesbaden, den 1. November 1917.

Der Regierungspräsident.

Kriegsministerium.

## Nachtragsbekanntmachung

Nr. W. I. 1680/10. 17. R. R. A.

zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. R. R. A., vom 31. Dezember 1915, betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungs- verbot für Web-, Trikot-, Wirt- u. Strickgarne.

Vom 1. Dezember 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlich-Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmevorschriften nach § 6 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 23. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 29. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 803) untersagt werden.

1. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, bestraft:

1. ....
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beseitigt, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt

### Artikel I.

§ 4 der Bekanntmachung, betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungs- verbot für Web-, Trikot-, Wirt- und Strickgarne, vom 31. Dezember 1915 — W. I. 761/12. 15. R. R. A. — erhält folgende Fassung:

#### § 4.

Ausnahmen vom Veräußerungsverbot.

Ausgenommen von den im § 3 getroffenen Anordnungen sind:

1. von den im § 2 unter A aufgeführten Web-, Trikot- und Wirtsgarnen alle Koppen, Schleifen (Loopparken) und solche Garne, welche mit einem oder mehreren aus pflanzlichen Fasern hergestellten Fäden gedreht sind;
2. von den im § 2 unter B aufgeführten Strickgarnen:
  - a) alle im Haushalt und in Hausgewerbebetrieben zum Zwecke der eigenen Verarbeitung befindlichen Mengen;
  - b) 80 vom Hundert der Vorräte, die sich am 31. Dezember 1915 bereits in Warenhäusern oder in sonstigen offenen Ladengeschäften zum Kleinverkauf oder zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe befanden, sowie die nach Abzug dieser 80 vom Hundert verbleibende Restmenge, falls diese nicht mehr als 5 Pfd. beträgt.

Diese Ausnahmen von dem Veräußerungsverbot greifen jedoch nur hinsichtlich der in Ziffer 1 bzw. 2 b näher bezeichneten Gegenstände und Mengen dann Platz, wenn an a) die Gegenstände, welche in Ziffer 2 b dieses Paragraphen näher bezeichnet sind, zum Kleinverkauf un-

mittelbar für die Verarbeitung im Haushalt und zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe auch weiterhin wirklich feilgehalten werden;

b) der Verkaufspreis der einzelnen Sorten der in Ziffer 1 und 2 b dieses Paragraphen näher bezeichneten Gegenstände jeweils nicht höher bemessen wird als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis zuzüglich 12 vom Hundert.

Wer trotz dieser Vorschriften die von dem Veräußerungsverbot ausgenommenen Mengen zurückhält oder höhere Verkaufspreise fordert, hat die Enteignung der Waren zu gewärtigen.

Weitere Freigaben von Vorräten der im § 2 unter B näher bezeichneten Strickgarne, soweit sie sich am 31. Dezember 1915 in Warenhäusern oder sonstigen offenen Ladengeschäften zum Kleinverkauf oder zum Verkauf an Hausgewerbebetriebe befanden, sind in Aussicht genommen. Einzelanträge auf Freigabe sind zu unterlassen, weil sie nicht berücksichtigt werden können.

### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Dezember 1917 in Kraft.

Frankfurt (Main), den 1. Dezember 1917.

Stellv. Generalkommando XVIII. Armee-Korps.

Coblenz, den 1. Dezember 1917.

Kommandantur der Festung  
Coblenz-Ehrenbreitstein.

1. 18 052. 11. 17.

J.-Nr. II. 14 082.

Diez, den 27. November 1917.

An die Herren Bürgermeister

in Alldorf, Altdiez, Aull, Becheln, Berghausen, Bergnassau-Scheuern, Berndroth, Birkenbach, Bremberg, Burgschwalbach, Charlottenberg, Crumbach, Dausenau, Deffighoven, Dienethal, Dörsdorf, Dornholzhausen, Eberishausen, Eisighoven, Eppendorf, Freienborn, Geisig, Giershausen, Gückingen, Hahnstätten, Hambach, Heidenbach, Herold, Hörter, Horhausen, Iselbach, Kaltenholzhausen, Kagenelbagen, Kemmenau, Klingelbach, Kirdorf, Langenscheid, Dollscheid, Miffelberg, Mittelfischbach, Müdershausen, Rehbach, Niederneisen, Niedertiefenbach, Oberfischbach, Oberneisen, Neisen, Oberhof, Oberwies, Reckenroth, Rettert, Roth, Ruppenrod, Schliesheim, Singhofen, Steinsberg, Wasenbach, Winden und Zimmerbach.

Ich erinnere an meine Verfügung vom 15. November d. J., J.-Nr. II. 13 223, betr. Aufstellung von Fettabscheidern und ersuche um Erledigung bestimmt binnen 3 Tagen.

Gefahranzeige ist erforderlich.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

J. B.

Schön, Kreis-Deputierter.

J.-Nr. II. 18 024.

Diez, den 24. November 1917.

### Betr. Bildung von Holzabfuhr-Ausschüssen.

Zur Vermehrung von Zweifeln über den Vorstoß in den Holzabfuhr-Ausschüssen und über ihre Zuständigkeit hat der Herr Regierungs-Präsident folgendes bestimmt:

1. Vorsitzender des Holzabfuhr-Ausschusses ist in allen Fällen derjenige Revierverwalter, in dessen Verwaltungsbezirk (Staats- oder Gemeindefeld) das abzuführende Holz lagert.

Für Privatwaldungen wird der Vorsitzende des Holzabfuhr-Ausschusses von dem Landrat bestimmt.

2. Zuständig ist entweder der Holzabfuhr-Ausschuß der Gemeinde, in deren Bezirk das Holz lagert, oder, wenn in diesem Bezirk kein Spannhafter vorhanden sein sollte, der Wohnortsgemeinde des in Betracht kommenden Fuhrwerksbesizers.

In Zweifelsfällen entscheidet der Landrat die Zuständigkeit.



Nur wenn mehrere Kreise in Frage kommen, also z. B. Holzlagerort und Wohnort des Fuhrwerksbesizers in verschiedenen Kreisen liegen, hat im Zweifelsfalle der Vorstehende des Holzaufwandsausschusses die Entscheidung des Regerungs-Präsidenten herbeizuführen.

Wegen der Bestimmung des Vorstehenden der Holzabfuhrabschlüsse für Privatwaldungen erlaube ich mir gegebenenfalls zu berichten.

Der Vorsitzende des Kreisamteschusses.  
Z. B.:

Egg.-Nr. 31. 2548. Dieß, den 30. November 1917.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft: Hausfchlachtungen.

Auf Grund höherer Anordnung ist mir bestimmt bis zum Mittwoch, den 5. Dezember zu berichten:

1. Wieviel Hauschlachtungen an Schweinen voraussichtlich noch nach dem 1. Dezember 1917 vorgenommen werden:
- a) vom 1. Dezember 1917 bis 1. Februar 1918,
  - b) vom 1. Februar 1918 bis 1. März 1918,
  - c) vom 1. März 1918 bis 1. April 1918.

2. Wieviel Personen durch die angegebenen Schlachtungen in Frage 1 schätzungsweise mit Fleisch versorgt werden und deshalb zu der Gesamtzahl der Selbstversorger neu hinzutreten:

- a) vom 1. Dezember 1917 bis 1. Februar 1918,  
b) vom 1. Februar 1918 bis 1. März 1918,  
c) vom 1. März 1918 bis 1. April 1918.

Die Frage 1 ist auf Grund der nach § 12 der Verordnung des Kreisausschusses, betreffend die Regelung des Verbrauchs von Fleisch und Fleischwaren im Unterlahnkreise vom 18. August 1917, Kreisblatt Nr. 199, zu führenden Liste über die zur Hauschlachtung eingelegten Schweine zu beantworten.

Der Vorsitzende des Preisausschusses.  
In Vertretung:

3.-Nr. 14 175 II. Diez, den 28. November 1917.

Betrifft: Speßsammlung aus den Haus-  
schlachtungen.

In Ausführung der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauches und den Handel mit Schweinen vom 2. Oktober 1917 und in Abänderung der diesseitigen Bekanntmachung vom 12. November 1917, J.-Nr. 12873 II, Preisblatt Nr. 266, ist bezüglich der Specksammlung aus den Hauschlachtungen höherer Orts bestimmt worden:

daß als Preis für ein Pfund Speck rückwirkend vom 15. Oktober ds. Js. ab, statt 1,70 Mk. 2,25 Mk. für das Pfund zu zahlen sind.

Bauchspeck darf nicht abgenommen werden.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, vorstehende Bestimmungen sogleich den Fleischbeschauern bekannt zu geben und diese zu veranlassen, nach den Bestimmungen zu verfahren und den bereits mit 1,70 Mk. bezahlten Speck noch nachträglich mit 2,25 Mk. zu vergüten. Der Differenzbetrag zwischen 1,70 Mk. und 2,25 Mk. wird den Fleischbeschauern durch die Zettelsammelstelle, Metzgermeister Thomas in Diez, ausbezahlt werden.

Der Vorsitzende des Preisausschusses.  
S. B.:

## Nichtamtlicher Teil

### Aus Provinz und Nachbargebieten

! Limburg, 29. Nov. Ein bekannter nassauischer  
Landwirt, der Pächter von Hof Kleeberg bei Sachenburg,  
Schneider, wurde wegen Bergehens aus § 218 des Straf-

gelehrbuches zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Schneider spielt bis heute in der nassauischen Landwirtschaft eine besondere Rolle. Er ist zugezogenes Mitglied in dem Ausschuß für Ackerbau usw. der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Sachverständiger für die Viehwirtschaft, sojann Vorsitzender des dritten landwirtschaftlichen Bezirksvereins des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte.

Volksversammlung der Handelskammer in Linburg.

In der Vollversammlung der Handelskammer zu Vimbura (Lahn) am Dienstag wurde zunächst der Entwurf einer Novelle zum Handelskammergesetz besprochen. Die Versammlung schloß sich im allgemeinen den Ausführungen der Sonderkommission des Deutschen Handelszuges an. Abweichend davon sprach sich die Kammer dafür aus, daß auch Frauen, welche eine hervorragende Stellung im Geschäftsleben einnehmen, als Mitglieder der Kammer wählbar sein sollen. Wenn die Erhebung der Beiträge zur Kammer den Gemeinden übertragen werde, sollen ihnen alle Beiträge zur Einziehung überwiesen werden, nicht nur einzelne Klassen. Weiterhin regte die Kammer eine deutliche Bestimmung an über die Verwendung bezw. Verteilung des Vermögens einer Kammer, deren Bezirk anderen Kammern zugeteilt werden soll. Die Versammlung hält es auch für bedenklich, eine Kammer gegen ihren Willen anzuschließen, mit einer anderen zu vereinigen oder, ohne daß ein Widerspruch beachtet zu werden braucht, gegen die Wünsche der Bezirkseingesessenen zu zer schlagen. Es wird befürchtet, daß alsdann die für eine Gegend oft sehr wichtigen Lokalinteressen bei Bildung von zu großen Bezirken nicht mehr in wünschenswertem Maße berücksichtigt werden können. Im Interesse der im Bezirk besonders vertretenen mittleren und kleinen Brauereien faßte die Kammer die folgende Entschlie ßung: „Durch den Mangel an Arbeitskräften, Rohmaterialien und Kohlen sind in Deutschland schon Tausende von Brauereien während des Krieges zur Stilllegung gekommen. Auch im Kammerbezirk sind davon schon fast ein Drittel sämtlicher Brauereien betroffen worden. Die Kammer ist der Ansicht, daß man dieser natürlichen Ausscheidung nicht in den Arm fallen soll, weil sie allein die Gewähr bietet, daß nicht bürokratisch willgeleitet wird, sondern daß die tüchtigsten und wichtigsten Betriebe erhalten bleiben. Sie hofft deshalb ganz bestimmt, daß wenigstens vorläufig von der Regierung dieser natürlichen Entwicklung nicht vorgegriffen wird. Sollte aber dennoch im Interesse der Durchführung der Kriegsführung eine solche einschneidende Maßregel sich nicht umgehen lassen, so erwartet die Kammer doch unbedingt, daß weitgehendst Rücksicht auf möglichste Erhaltung der mittleren und kleinen Betriebe genommen wird. Unter allen Umständen aber sollte vermieden werden, daß denjenigen Brauereien, welche zur Stilllegung kommen, irgend welche Materialien zwangsweise entzogen werden, damit es ihnen nach Friedensschluß möglich wird, ihren Betrieb in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen.“ — Auf Antrag der Kammer wurde die Abfahrt des Werktagszuges 4015 Sollhaus ab 10,34 Uhr vormittags, Vimbura an 11,10 Uhr vormittags auf 11,44 Uhr vormittags in Sollhaus, Ankunft in Vimbura 12,20 Uhr nachmittags verlegt. — Eine allgemein gehaltene Beschwerde über Mißstände beim Vimburger Postamt soll von dem Vorstande eingehend geprüft werden, bevor Schritte unternommen werden.

Die Handelskammer zu Limburg macht Firmen, welche Schulden bei Einwohnern der besetzten französischen Gebiete haben, auf Wunsch eine Mitteilung.

## Platzzeigen.

## Gerstenschälen.

Vorläufig wird keine Gerste zum Schälen angenommen  
(etwa 5 bis 6 Wochen lang).

Philipp Birt,  
Hansen n./Kar.

4995)